Redaktion von R. Hahn,
Druck und Verlag von R. Graßmann,
Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Kirchplatz 3 und
Schulzenstraße 17 bei O. H. T. Poppe.

# Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr.
monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 246. Abendblatt. Montag, den 31. Mai 1869.

## Norddeutscher Reichstag.

48. Sitzung am 29. Mai.

Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um $11\frac{1}{4}$ Uhr.

Am Tische der Bundeskommissarien: Präsident Delbrück, Geh. Rath Michaelis, Geh. Oberfinanzrath Burghardt rc.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlußabstimmung über die in dritter Lesung beschlossene Gewerbe-Ordnung.

Der Gesetzentwurf wird fast einstimmig angenommen.

Die in Bezug auf die Gewerbe-Ordnung eingegangenen Petitionen werden erledigt.

Hierzu liegt ein Antrag des Abg. M. Hirsch vor, dahin gehend: „den Bundeskanzler aufzufordern, derselbe möge bis zur nächsten Sitzung des Reichstages eine amtliche Untersuchung über den Einfluß der Zuchthausarbeit auf die Lage der freien Arbeiter im norddeutschen Bunde anordnen."

Der Antrag ist hervorgerufen durch verschiedene Petitionen, welche die dringendsten Klagen über die Konkurrenz der Zuchthausarbeit enthalten und in Betreff deren die betreffende Kommission den Uebergang zur Tagesordnung beantragt.

Der Abg. Hirsch rechtfertigt seinen Antrag, Abg. Braun (Wiesbaden) erklärt sich für den Uebergang zur Tagesordnung, weil der Gegenstand nicht eine Frage der Gewerbe-Ordnung, sondern eine Frage der Gefängnißreform betreffe.

Die Abg. Fritzsche und Graf Schwerin sprechen für den Antrag Hirsch, ebenso die Abg. v. Blanckenburg, v. Forckenbeck.

Der Antrag des Abg. Hirsch wird angenommen.

Der Vertrag mit der Schweiz wegen Schutzes der Werke, der Literatur und Kunst wird ohne Diskussion in dritter Berathung genehmigt.

Es folgt die zweite Berathung über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Besteuerung des Branntweins.

Abg. v Hennig berichtet zuvörderst über die zu dieser Steuer eingegangenen Petitionen. Die Kommission empfiehlt die Petitionen, soweit sie die Ablehnung der beantragten Steuererhöhung und die Einführung der fakultativen Fabrikatsteuer verlangen, zu berücksichtigen. Eine Abstimmung findet nicht statt und es wird darauf zur Berathung des Gesetzentwurfes selbst übergegangen.

§. 1 des Gesetzentwurfes lautet: „Die Steuer für die Bereitung von Branntwein (Spiritus) wird erhoben, entweder a) nach dem Raum-Inhalte der zur Einmaischung oder Gährung der Maische benutzten Gefäße (Maischbottigsteuer), oder b) nach der Menge der zur Bereitung des Branntweins benutzten Materialien (Branntwein-Materialiensteuer), oder c) nach Verhältniß der Branntwein-Ausbeute (Branntwein-Fabrikat-Steuer).

Abg. Sombart rechtfertigt ein von ihm gestelltes Amendement auf Streichung der Position „C." im §. 1 (Branntwein-Fabrikatsteuer.) Derselbe geht ausführlich auf technische Erörterungen ein und führt aus, daß, wenn man nicht wolle, daß die Rübe über die Kartoffel zur Tagesordnung übergehe, man seinem Antrage zustimmen müsse.

Abg. Graf Itzenplitz (Handelsminister) bemerkt, daß es sich hier lediglich um die Frage handle, ob die Steuer erhöht werden solle oder nicht. Der Redner will demnächst auf die Frage der Erhöhung der Steuer eingehen, wird jedoch vom Präsidenten mit der Bemerkung daran gehindert, daß diese Frage erst bei §. 2 zur Erörterung gelangen werde. Der Redner empfiehlt demnächst die unveränderte Annahme des §. 1.

Abg. v. Sänger erklärt sich ebenfalls für die Annahme des §. 1, weil er es für wünschenswerth hält, daß durch Einführung der fakultativen Fabrikat-Steuer, die Frage zu einem endlichen Abschluß gebracht werde.

Bundeskommissar Geh. Ober-Finanzrath Scheele: Das Haus sei nicht in der Lage kalkulatorische, tief in die Landwirthschaft eingreifende Erörterungen, wie der Abg. Sombart es gethan, anzustellen. Er bemerkte, daß die preußische Regierung nur mit Widerstreben an die Fabrikatsteuer getreten sei. Dieses Widerstreben wurzelte in der Sorge für die zahlreichen Kartoffelbrennereien in den östlichen Provinzen. Wenn die Regierung dennoch daran gegangen sei, so könne man überzeugt sein, daß dies nur nach der eingehendsten Erwägung geschehen sei. Darüber, daß die Fabrikatsteuer den Vorzug verdiene vor der Raumsteuer, habe in der Theorie niemals ein Zweifel bestanden. Die Verbrauchssteuer treffe das Objekt sicherer, als jede andere Steuer. Die Sache steht so, daß, wer schwimmen lernen will, in's Wasser gehen müsse, so lange man aber nicht schwimmen kann, müsse man die Leine fest in der Hand halten. Das sei der Standpunkt, auf den das Gesetz sich gestellt habe. Die Frage müsse einmal zum Austrag gebracht werden. Es sei schon ein anerkennenswerther Vortheil, daß nach Annahme des Gesetzentwurfes der Brenner, der sich der Fabrikatsteuer unterziehen wollte, seinen Betriebsplan täglich abändern könne. Das sei die Erfüllung eines lange angestrebten Wunsches der Brennereibesitzer.

Abg. v. Hennig erklärt sich für §. 1. Die Vorlage habe schon den großen Vortheil, daß sie die ganze zerstreute Steuergesetzgebung in dieser Materie zusammenfasse, und ferner auch noch den Vorzug, daß sie einmal den Versuch mache, die Sache wissenschaftlich festzustellen. Der Redner geht speziell auf eine Widerlegung der Ausführungen des Abg. Sombart ein. Der Fortschritt sei nothwendig und derselbe sei nur gegeben in der Fabrikatsteuer. Durch dieselbe setze man diejenigen, welche davon Gebrauch machen können, in die Lage, weiter bestehen zu können, sie schade Niemand, sie helfe vielmehr dem ganzen Gewerbe.

Der Bundeskommissar Scheele weist darauf hin, daß mit dem Siemens'schen Meßapparat gestern Probemessungen stattgefunden und daß derselbe bis auf zwei pCt. sicher angezeigt hätte. Der Steuerfiskus sei durch den Apparat mehr gesichert als bei der Maischraum-Steuer.

Die Diskussion wird geschlossen.

§. 1 wird hierdurch unverändert nach der Vorlage angenommen, wodurch das Amendement Sombart abgelehnt ist.

§. 2 lautet: Die Maischbottigsteuer wird nur bei der Bereitung des Branntweins aus ganz oder theilweise mehligen Stoffen, aus Melasse, Rüben oder Rübensaft und zwar mit vier Silbergroschen für jede 20 preußische Quart des Rauminhalts der Maischbottige und für jede Einmaischung erhoben. Von Brennereien, welche nur in dem Zeitraume vom 1. Oktober bis 31. Mai, diese Tage mit eingeschlossen, im Betriebe sind, und an einem Tage nicht über 900 Quart, in einem Monate nicht über 14,400 Quart einmaischen, sollen jedoch nur drei Silbergroschen vier Pfennige für 20 Quart Maischraum erhoben werden. Nebengefäße, welche wie Hefengefäße, Maischreservoirs rc. nicht zur Vergrößerung des für die abzubrennende Maische dienenden Gährungsraumes bestimmt sind, können von der Steuerbehörde steuerfrei bewilligt werden.

Abg. Sombart beantragt: 1) in Alinea 1 statt „vier" zu setzen „drei", 2) in Alinea 2 die Worte „nur in dem Zeitraume vom 1. Oktober bis 3. Mai, diese Tage mit eingeschlossen, im Betriebe sind, und" „und in einem Monate nicht über 14,400 Quart" zu streichen, 3) in Alinea 2 statt „drei Silbergroschen vier Pfennige" zu setzen „zwei Silbergroschen sechs Pfennige."

Abg. Freih. zu Rabenau beantragt: a. Absatz 1, Zeile 3 das Wort: „vier" zu streichen und dafür zu setzen „drei"; b. Absatz 2, Zeile 1 das Wort „Oktober" zu streichen und dafür zu setzen „September"; c. Absatz 2, Zeile 3 die Worte zu streichen, „in einem Monat nicht über 14,400 Quart einmaischen"; d. event., für den Fall, daß der Antrag unter b. abgelehnt werden sollte, in Zeile 2 und 3 folgende Worte, resp. Zahlen zu streichen „900 Quart, in einem Monat nicht über 14,400 Quart", und dafür zu setzen „700 Quart"; e. in demselben Absatz Zeile 4 die Worte „drei Silbergroschen vier Pfennige" zu streichen und dafür zu setzen „zwei Silbergroschen sechs Pfennige."

Die Abgg. v. Hennig, Graf Münster und Günther (Sachsen) beantragen: a. Absatz 1, Zeile 3, das Wort „vier" zu streichen und dafür zu setzen „drei"; b. Absatz 2, Zeile 3 anstatt die Worte „in einem Monat nicht über 14,400 Quart einmaischen" zu setzen „in der bezeichneten Betriebsperiode nicht über 120,000 Quart einmaischen"; c. in demselben Absatz Zeile 4 die Worte: „drei Silbergroschen vier Pfennige" zu streichen und dafür zu setzen „zwei Silbergroschen sechs Pfennige."

Abg. Graf Bethusy-Huc erklärt, daß, wenn er auch anerkenne, daß dauernde Steuern bewilligt werden müßten, er doch keine schlechte Steuern dauernd bewilligen könne, und er bedauere, daß er alle von den Bundesregierungen vorgelegten Steuern als schlechte bezeichnen müsse. Er bezeichne eine Vorlage, welche dazu bestimmt sei, einen Theil des Grund und Bodens zu entwerthen, als einen Angriff auf das Kapital der Zukunft, und durch die Verminderung der Einnahmen der Zukunft werde die Steuerfähigkeit des Landes geschädigt. Er werde das Vaterland, den norddeutschen Bund nicht im Stiche lassen, aber er werde jedes, auch das schlechteste Provisorium einer dauernden schlechten Steuer vorziehen.

Abg. Graf Schulenburg erachtet die Steuer nicht für unmöglich, er hält es aus politischen Gründen für nothwendig, für diese Steuer zu stimmen. Gerade er werde durch diese Steuer betroffen, und dies sei ein Grund mehr für ihn, die Annahme derselben zu befürworten. Er trete dadurch thatsächlich in den Kompromiß ein und erwarte, daß das Haus ihm durch Annahme der anderen Steuern entgegenkommen werde.

Abg. Graf Solms-Laubach spricht unter großer Unaufmerksamkeit des Hauses und vor leeren Bänken (im Saale herrscht eine tropische Hitze) gegen die Steuer.

Abg. Grumbrecht erklärt, daß er sich in Anbetracht der jetzigen Verhältnisse in der zweiten Berathung nicht für die Erhöhung der Steuer erklären könne, weil nämlich durch dieses Gesetz eine ganz neue Steuer eingeführt werde, die Fabrikatsteuer — wenn auch fakultativ und es doch nothwendig erscheine, erst die Resultate dieser Steuer abzuwarten, ehe man sie erhöhe. Man könne aber nicht behaupten, daß die Branntweinsteuer die schlechteste sei, eben so wenig, wie die Braumalzsteuer. In der hannoverschen Kammer hätte er ganz dieselben Gründe gegen die Steuererhöhung gehört, dieselbe sei trotzdem eingeführt und wenn auch ungern — gezahlt worden. Ruinirt sei dadurch Niemand.

Die Fortsetzung der Diskussion erfolgt unter großer Unaufmerksamkeit und Unruhe, die der Präsident selbst durch den häufigen Gebrauch der Glocke nicht beseitigen kann. Nachdem noch der Bundeskommissar Scheele und der Abg. Stumm gesprochen, wird die Diskussion geschlossen.

Es wird zunächst über den im Alinea 1 des §. 2 der Vorlage enthaltenen Steuersatz von „vier Silbergroschen" namentlich abgestimmt. Dieser Steuersatz wird mit 202 gegen 15 Stimmen abgelehnt. (Die Steuererhöhung ist somit verworfen) für die Vorlage stimmten u. A. die Abgg. Graf zu Dohna-Finckenstein, Graf zu Eulenburg, v. Mühler, v. Thadden, Graf Schulenburg, Prinz Albrecht von Preußen, v. Bodelschwingh, Camphausen (Neuß), v. Steinmetz, Graf Bassewitz, von Grävenitz (Hirschberg), von der Heydt, v. Moltke.

Zu Alinea 2 des §. 2 beantragt Abg. v. Hoverbeck zu dem Amendement der Abgg. v. Hennig, Günther (Sachsen) rc. statt der Worte „in der bezeichneten Betriebsperiode nicht über 120,000 Quart einmaischen" zu setzen „178,200 Quart einmaischen;"

Abg. Kratz beantragt zu setzen: „150,000 Quart."

Nach einiger Diskussion, an der sich die Abgg. v. Hoverbeck, Günther (Sachsen), v. Hennig betheiligen, zieht Abg. Sombart sein Amendement zurück.

Präs. des Bundeskanzleramts Delbrück: Durch die bisher erfolgte Abstimmung ist die Erhöhung der Branntweinsteuer abgelehnt. Die verbündeten Regierungen sind nach wie vor der Ueberzeugung, daß ohne eine Ausgleichung der Erhöhung der Branntweinsteuer, die Einführung der fakultativen Fabrikatsteuer unmöglich ist. Da indessen noch eine dritte Berathung stattfinden wird, so liegt für die verbündeten Regierungen in dem Ergebniß der jetzigen Abstimmung kein Grund vor, auf die weitere Berathung des Gesetzentwurfs zu verzichten.

Bei der Abstimmung wird der Satz von 3 Sgr. 4 Pf. abgelehnt, der vom Abg. v. Hennig rc. beantragte Satz von 2 Sgr. 6 Pf. angenommen. Eben so wird das Amendement des Abg. v. Hoverbeck angenommen.

Eine vom Abg. v. Kardorf beantragte Resolution auf Anstellung von Versuchen mit Meßapparaten wird angenommen und darauf die Berathung vertagt.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. — T.-O.: Fortsetzung der heutigen.

---

## Deutschland.

**Berlin,** 30. Mai. Se. Maj. der König empfing gestern Morgens auf Schloß Babelsberg den Besuch des Kronprinzen und des Prinzen Friedrich Karl, nahm hierauf die Vorträge des Chefs des Militär-Kabinets v. Tresckow, des Geh. Ober-Regierungsraths Wehrmann, des Geh. Hofraths Borck rc. entgegen, ertheilte Audienz und machte nach dem Diner eine Promenade. Der Thee wurde im Neuen Palais eingenommen.

— Der Kronprinz begiebt sich heute Abend zur Fortsetzung seiner Inspektionsreise per Extrazug nach Stolp, ist am 1. Juni in Cöslin, am 2. in Colberg, am 3. in Stargard und am 4. zur feierlichen Einweihung des neuen Offizier-Kasinos in Pasewalk. Von dort kehrt der Kronprinz etwa um 4 Uhr Nachmittags hierher zurück, fährt aber um 5 Uhr nach Potsdam weiter.

**Wesel,** 28. Mai. Noch ist der Kasernenbrand in Aller Munde, und jetzt schon wieder ein neues Unglück, gräßlicher in seinen Folgen. Am heutigen Morgen 11 Uhr flog das hinter der Citadelle dem Rheine zu belegene Laboratorium in die Luft, während über 100 Mann mit Patronenmachen beschäftigt waren. Leider sind Menschenleben dabei verloren, die Anzahl der Todten ist indeß noch nicht genau festgestellt. Das nicht große, unrettbar verlorene Gebäude brannte schnell nieder; Explosionen von Pulverfässern, losem Pulver und Patronen machten die Arbeitsstätte bald der Erde gleich. Die zunächst gelegenen Gebäude sind vollständig außer Gefahr.

**Deßau,** 28. Mai. (Post.) Durch vertrauliche Mittheilungen erhalte ich die Bestätigung meiner letzten Mittheilung, nach welcher Se. Hoh. der Herzog eine wesentliche Zusage bezüglich der Forderungen des Landes in der Domanial-Auseinandersetzungs-Angelegenheit gemacht hat und sonach fast begründete Hoffnung vorhanden ist, den Ausgleich zu erreichen. Worin das Nachgeben des Herzoglichen Hauses besteht, darüber schwebt noch tiefes Geheimniß, doch hoffe ich, in nächster Zeit im Stande sein zu können, Ihnen in dieser äußerst wichtigen Sache nähern Aufschluß geben zu können. — Der Landtag hat die veränderte Vorlage nochmals den betreffenden Kommissionen überwiesen, welche den Entwurf wiederholt eingehend zu prüfen haben. Eine Plenarsitzung dürfte sonach erst in vier bis sechs Wochen stattfinden können, da das zu berathende Material sehr umfangreich und zeitraubend ist. — Die hiesigen Truppen wurden heute von dem Brigadekommandeur von Meyerfeld, welcher gestern Abend von Magdeburg hier eingetroffen war, inspizirt. Die Mannschaften hatten zu dem Zwecke die preußische Uniform angelegt. — In Beamtenkreisen erregt die plötzliche Dispensation vom Dienste eines bisher geachteten einflußreichen Regierungsbeamten großes Aufsehen. Wie man sich in diesen Kreisen erzählt, ist die Entbindung vom Amte wegen ihm zur Last gelegter Unredlichkeiten im Kassenwesen erfolgt. — Das Schwurgericht wird am 21. Juni in Ballenstedt zu einer sechstägigen Sitzung zusammentreten.

## Ausland.

**Wien,** 30. Mai. Das „Tageblatt" bezeichnet als den politischen Zweck der Reise des Vicekönigs von Egypten, die europäischen Mächte aufzufordern, den Suezkanal für alle Zeiten neutral zu erklären. — Die „Neue freie Presse" meldet, daß die Kreditanstalt, Rothschild und der Bankverein Prioritäts-Obligationen, im Betrage von 20 Millionen von der Südbahn-Gesellschaft übernommen haben. Im Juli sollen hiervon 8 Millionen zur öffentlichen Subskription gelangen.

— Der Vicekönig von Egypten ist gestern Abends um 9 Uhr hier eingetroffen und auf dem Bahnhofe von den türkischen Botschafter, dem Kaiserlichen General-Adjutanten und dem Landeskommandirenden empfangen. Derselbe ist in der Hofburg abgestiegen.

**Brüssel,** 27. Mai. Die „Independance belge" beschwert sich darüber, daß sie in Frankreich gestern schon zum sechsten Male nach einander mit Beschlag belegt worden ist. Das ist nun zwar nichts Besonderes, andere Blätter wissen auch von solcher und schlimmerer Behandlung zu erzählen, aber der Grund der Beschlagnahme ist doch auffallend. Jene Pariser Blätter, welche es sich neuester Zeit besonders zur Aufgabe gemacht hatten, gegen Belgien zu hetzen, und voran die „Patrie" und das „Pays", hatten gelegentlich der neulichen Tumulte in Paris behauptet, in Belgien hätten französische Verbannte, auf einen Aufstand in Paris rechnend, eine Invasion organisirt und an der Grenze wären Banden von verleiteten Arbeitern und Raubgesindel vorhanden, um geeigneten Momentes einzubrechen und über Paris herzufallen. Auf der Südstation wäre eine permanente Versammlung von französischen Flüchtlingen und belgischen Revolutionären gewesen, welche nur auf das Signal von Paris gewartet hätte u. dgl. m. Die „Indépendance" hatte die Unwahrheit dieser Behauptungen wiederholt nachzuweisen versucht; deshalb ward sie in Frankreich zurückgehalten, denn jene Schreckens-Nachrichten sollten, weil sie auf die Wahlen zu wirken bestimmt waren, nicht widerlegt werden. Es ist in der That stark, wie die genannten Blätter gegen Belgien auftreten; so schreibt das „Pays" vom 25. Mai: „Wenn wir schon oft die Annexion von Belgien verlangt haben, so ist es weniger um Eroberungen zu machen, als um einen Haufen von Schmutz wegzufegen und eine Spitzbubenhöhle zu schließen. Es wäre Zeit, daß die französische Fahne sich über dieses ganze Land ausbreite, welches ausgebeutet wird durch eine Regierung von Gehirnerweichten und Eunuchen, unfähig, zu regieren und zu verwalten, und daß sie mit ihren geehrten Falten das bedecke, was für die ganze Welt ein schmutziger und entehrender Flecken ist."

— I. K. H. die Frau Fürstin zu Hohenzollern-Sigmaringen ist am 25. hier eingetroffen und im Palais des Grafen von Flandern abgestiegen. (Die Gräfin von Flandern ist eine hohenzollernsche Prinzessin.)

**Aus der französischen Schweiz,** 27. Mai. Seit Montag herrscht eine Arbeiterbewegung in Lausanne, welche bereits einen ernsten Charakter anzunehmen drohte, wenn nicht noch droht. Es handelt sich abermals um ein „Striken", vor der Hand der Zimmerleute, Maurer, Steinhauer, denen sich aber die übrigen Gewerbe halb und halb schon anzuschließen bereit scheinen, da das Comité der „internationalen Arbeiterverbindung" die Hand dabei im Spiel hat. Wenigstens weigerte sich dieses Comité eine Ausgleichung zu realisiren, welche einzelne Arbeiter mit ihren Arbeitgebern eingegangen waren. So wurde denn das „Striken" beschlossen; Plakate, welche dazu aufforderten, erschienen an den Straßenecken und die „Internationalen" sprachen den Entschluß aus, diejenigen Arbeiter, welche weiter arbeiteten, mit Gewalt von den Bauplätzen resp. aus den Werkstätten zu verjagen. Dies ging über den Spaß. Die Regierung, welche jeder freien Selbststimmung auch durch Associationen den weitesten Spielraum läßt, entschloß sich, die individuelle Freiheit nicht minder zu

schützen und es nicht zu dulden, daß durch einen Massenzwang das freie Uebereinkommen, welches der Einzelne treffen will, tyrannisirt werde. In diesem Sinne hat der Staatsrath gestern eine Proklamation erlassen, deren Kern dahin geht: „Strikt" so viel Ihr wollt; das ist Euer Recht, allein das „Nichtstri..en" ist auch ein Recht. Wie wir Euch nicht hindern, die Arbeit einzustellen, so dürft Ihr Euch nicht unterstehen, Andere mit Gewalt am Arbeiten zu hindern. Die bedrohten Arbeitsplätze wurden heimlich durch Gendarmen gesichert und das 112. eidgenössische Bataillon (Waadtländer) aus Payerne herangezogen, um seine militärischen Uebungen in Lausanne fortzusetzen und nöthigenfalls die individuelle Freiheit gegen den Zwang, den utopistische Propagandisten ausüben wollen, sicher zu stellen. Die Theorie der Regierung ist höchst praktisch, denn sie hält alle nicht zur Sache gehörenden Dinge von der berechtigten Bewegung in der Arbeiterfrage fern und die Utopisten werden ihren eigenen Anhängern gegenüber dadurch verlegen gemacht.

**Paris,** 29. Mai. „Public" sagt, daß über die Session des gesetzgebenden Körpers, welche Behufs Verifikation der Wahlen stattfinden soll, noch keine Bestimmung getroffen ist. Der Ministerrath ist zweimal unter dem Vorsitze des Kaisers zusammengetreten, um den Gegenstand in Erwägung zu ziehen, doch wird die Entscheidung erst nach der Beendigung der Nachwahlen erfolgen.

**Paris,** 28. Mai. Auf heute und morgen sind die Minister einberufen, um unter dem Vorsitze des Kaisers und in Gegenwart der Kaiserin über die Maßregeln zu berathen, welche durch den Ausfall der letzten Wahlen geboten scheinen. Es stehen im Kabinete drei Meinungen einander gegenüber: die Einen empfehlen liberale Reformen, Aufgeben des persönlichen Systems und Einführung der Minister-Verantwortlichkeit; Andere vertheidigen die Erhaltung des Status quo; eine dritte Partei endlich verlangt energischen Widerstand gegen die „gefährlichen Tendenzen", die bei Gelegenheit der jüngststen Wahlen zu Tage getreten sind. Rouher steht an der Spitze der letztgenannten Partei und er soll, durch die Kaiserin unterstützt, auch Herrn v. Lavalette für sich gewonnen haben. Der Kaiser ist nicht abgeneigt, den in den Wahlen sich aussprechenden Bestrebungen gerecht zu werden. Wahrscheinlich wird der Kaiser das Ergebniß der zweiten Wahlen, vielleicht sogar die auf Ende Juni festgesetzte Einberufung der neuen Kammer abwarten, ehe er einen Entschluß faßt. — Die Uebersiedelung des Hofes nach Fontainebleau wird am 5. Juni erfolgen. Für den Fall, daß Herr Rouher Recht behält, wird er das Portefeuille des Innern übernehmen. — Herr Thiers hat seinem Konkurrenten in Paris eine gute Lehre ertheilt, indem er seinen Wählern von Marseille eindringlich empfiehlt, für Gambetta zu stimmen. — Morgen wird der Bericht des Seine-Präfekten über das jüngste Stadtanlehen im amtlichen Journal erscheinen. Das Anlehen wurde 37mal gezeichnet, und die Zeichner werden $^{1}/_{2}$ pCt. der von ihnen verlangten Obligationenanzahl bekommen.

**Rom,** 29. Mai. Die Ratifikationen der zwischen dem Kirchenstaate und dem norddeutschen Bunde abgeschlossenen Postkonvention sind heute ausgewechselt worden. Der Vertrag wird in Rom und Berlin demnächst veröffentlicht werden.

**London,** 29. Mai. Reuter's Bureau meldet aus Rio de Janeiro vom 8. Mai:

Der Finanzminister wird nach Eröffnung der Kammern, welche den 11. d. M. erfolgt, einen Nachtragskredit von 11,860 Kontos Reis beantragen. — Graf d'Eu ist am 14. April in Assumption eingetroffen und hat den Oberbefehl übernommen; die militärischen Operationen haben noch nicht begonnen. — Ueber Lopez und den amerikanischen Gesandten sind keine neue Nachrichten eingegangen.

**Queenstown,** 29. Mai. Der Cunard-Dampfer „Cuba" ist hier eingetroffen; an Bord desselben befindet sich der amerikanische Gesandte Mr. Motley.

**Madrid,** 29. Mai. Kortessitzung. Auf eine Interpellation erklärte der Finanzminister, die Königin Isabella schuldete dem Schatze 36 Millionen Realen. — Der Handelsminister erklärt, es seien unter der vorigen Regierung 745 Gemälde von großem Werthe verschwunden. Die Kammer beschloß hierauf, eine Kommission zu ernennen, die beauftragt werden soll, alle Akte der früheren Minister, die ihrem Wesen nach die Finanzen und das Eigenthum des Staates berührt haben, zu untersuchen. Die Erklärung des Ministers hatte lebhafte Bewegung hervorgerufen.

**Christiania,** 21. Mai. Der Staatsrevisor Johnsen hatte im Storthing einen Vorschlag, betreffend die Abschaffung der Todesstrafe, eingebracht. Das Justiz-Comité hat jetzt sein Gutachten abgegeben, welches die Abschaffung der Todesstrafe oder wenigstens eine Einschränkung derselben im Allgemeinen befürwortet und dieselbe nur als Alternative neben lebenslänglicher Strafarbeit für Mord, Landesverrätherei und einige andere namhaft gemachte Verbrechen gestellt wissen will. Die Behandlung dieses Gutachtens wird jedoch erst im nächsten Storthing stattfinden.

**Konstantinopel,** 30. Mai. „Turquie" veröffentlicht einen Artikel über die Kapitulationen. Derselbe erinnert daran, daß solche ursprünglich, als die Pforte im Zenithe ihrer Macht stand, ein freiwilliges Geschenk, keineswegs aber ein Zugeständniß von Schwäche gewesen seien. Die Kapitulationen seien seitdem mißbraucht worden, sogar zum Protektorate der christlichen Staatsangehörigen im eigenen Staate. Die 1856 versprochene Revision sei nicht erfolgt; es sei nun Zeit, daß die Türkei, der Welt gegenüber, ihre Rechte als souveräner unabhängiger Staat behauptet und einen letzten Appell an die brüderlichen Nationen richtet wegen der Verzichtleistung von Ausnahmerechten, welche dem Fortschritte ein Hinderniß sind. Im Ablehnungsfalle möge der Sultan die Aufhebung jener Ausnahmerechte aussprechen, damit das Land auf der vorgezeichneten Bahn selbst vorwärts schreite.

## Pommern.

**Stettin,** 31. Mai. Se. Königliche Hoheit der Kronprinz hat sich gestern Abend zur Fortsetzung der Inspektionsreise im Bereiche des 2. Armee-Korps per Separatzug von Berlin nach Stolp begeben und wird morgen in Cöslin, am 2. in Colberg, am 3. in Stargard und am 4. zur feierlichen Einweihung des neuen Offizier-Kasinos in Pasewalk anwesend sein. Von dort kehrt der Kronprinz schon Nachmittags nach Potsdam zurück.

— Die Direktion der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft hat die Gültigkeitsdauer ihrer Tages-Billets, welche bisher auf 2 Tage festgestellt war, vom morgenden Tage ab auf 3 Tage ausgedehnt.

— Die „Ancl. Ztg." schreibt: Bei der Pensionsberechnung wird bekanntlich auch den Civilstaatsdienern die Zeit, während welcher sie an Feldzügen Theil genommen haben, doppelt gerechnet. Bei einem subalternen Justizbeamten ist es in Frage gekommen, ob auch die Theilnahme an der Unterdrückung des Aufstandes in Dresden im Mai 1849 als ein Feldzug zu betrachten und bei der Pensionirung zu berechnen sei. Wie wir vernehmen, hat ein Ministerialreskript diese Frage bejahend entschieden. Derselbe Grundsatz soll auch für die Theilnahme an der Unterdrückung der Polen-Insurrektion in der Provinz Posen im Jahre 1848 und an der Exedition nach Baden im Jahre 1849 zur Anwendung kommen.

— In Folge einer mit den betheiligten Herren Ressort-Ministern getroffenen Vereinbarung hat der Herr Justizminister unterm 20. d. Mts. bestimmt, daß bei Berechnung der nach der Allerhöchsten Ordre vom 6. Juni v. J. für die Ueberlassung einer Dienstwohnung zu entrichtenden Vergütung die Einwohnerzahl des betreffenden Ortes, ausschließlich der daselbst wohnenden Militärpersonen zum Grunde zu legen ist. — Ein fernerer Erlaß desselben Herrn Ministers vom 24. d. M. lautet: „Im Einverständnisse mit dem Herrn Finanzminister und der Königlichen Ober-Rechnungs-Kammer wird bestimmt, daß Beamte, welche auf ihren Dienstreisen von einer Eisenbahn auf eine andere übergehen müssen, fortan nicht blos in den in der Allgemeinen Verfügung vom 15. März 1851 gedachten Fällen, sondern auch dann zur Erhebung des im §. 1 Nr. 2 des Allerhöchsten Erlasses vom 10. Juni 1848 festgesetzten vollen Pauschquantums für Nebenkosten beim Ab- und Zugehen berechtigt sind, wenn sie zwar nicht nöthig haben, sich bei dem Uebergange nach einem anderen Bahnhofe zu begeben, aber sich auch nicht eines durchgehenden, für beide Bahnen gültigen, zur kostenfreien Gepäckbeförderung von der einen Bahn auf die andere berechtigenden Billets bedienen können."

— Nach den Vereinigten Staaten von Amerika gehen im nächsten Monat aus den nachbenannten Häfen und an den daneben bemerkten Tagen Schiffe ab, mit welchen Korrespondenzen befördert werden können: Liverpool am 3., 5., 10., 12., 17., 19., 24., 26. Juni Vormittags; Queenstown am 2., 4., 6., 9., 11., 13., 16., 18., 20., 23., 25., 27., 30. Juni Nachmittags; Southampton am 1., 8., 15., 22., 29. Juni Nachmittags; Hamburg am 2., 9., 16., 23., 30. Juni früh; Bremen am 5., 12., 19., 26. Juni früh; Brest am 5., 19. Juni Nachmittags.

— Ein bereits mehrfach mit Zuchthaus bestrafter Spitzbube, der ehemalige Schornsteinfeger und Seefahrer Henschke, genannt Witt, wurde am Sonnabend Abend bei der Ausführung eines Bettendiebstahls im Konditor Jenny'schen Hause in der Domstraße ertappt und zum Centralpolizeibüreau geführt, woselbst er einstweilen in der sogenannten Sistirzelle untergebracht wurde. Von dort aus machte er einen Fluchtversuch durch den Schornstein, der indessen mißglückte und mußte sich der Flüchtling schließlich bequemen, in seine Zelle zurückzukehren, von wo aus er nach dem Gefängniß übergesiedelt wurde.

— In der Parnitz wurde gestern eine weibliche Leiche gefunden und nach dem Krankenhause geschafft. Muthmaßlich ist die Leiche diejenige der unverehelichten Piper, welche bei dem Kaufmann M. in der Speicherstraße diente und seit Dienstag voriger Woche vermißt wird.

**Stargard,** 31. Mai. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ist Königl. Hoh. der Kronprinz in Begleitung des Chefs vom Generalstabe Oberst v. Wichmann mittelst Extrazugs hier durchgereist, um in Cöslin, Colberg und Stolp die Truppen zu inspiziren. Am nächsten Donnerstag trifft Se. Kgl. Hoh. in Stargard ein, um über das Colbergsche Regiment die Inspizirung vorzunehmen.

□ **Stralsund,** 30. Mai. Wie bereits die „Pommersche Zeitung" mittheilte, werden jetzt Tieffischerei-Versuche in der Ostsee angestellt, und ist zu diesem Behufe der Minister von Selchow nebst einem Rathe aus dem Ministerio umlängst hier eingetroffen. Die bis jetzt angestellten Versuche haben zwar kein sehr günstiges Resultat gegeben. Allein es wäre zu bedauern und hieße den voraussichtlichen Gewinn einer großen Sache in Frage stellen, wollte man sich durch die ersten nicht nach Wunsch gelungenen Versuche abschrecken lassen. Vor etwa 2 Jahren hatte sich hier eine Gesellschaft zur Ausbeutung der Ostsee mittelst Tieffischerei gebildet. Die Gesellschaft bestand außer einigen Herrn, die sich größtentheils aus Humanitäts-Rücksichten hierfür interessirten, zum großen Theile aus Kaufleuten, welche wohl eine vortheilhafte Verwerthung des Anlage-Kapitals erhofften. Die Anschaffung der „Ewer" (breite zu diesem Zweck eingerichtete Fahrzeuge) aus Blankenese, sowie der nöthigen Ausrüstung kostete eine nicht unbedeutende Summe. Die gepriesene deutsche Ausdauer hat sich hierbei nicht bewährt; denn die Versuche wurden nur während eines Sommers fortgesetzt, und hörten dann gänzlich auf. Der Grund davon war der, daß das Unternehmen nicht rentirte, was bei dem Anfang in Betracht der Anschaffungskosten auch kaum möglich war, um so weniger, weil die Schiffe öfter das Unglück hatten, bei der Fischerei auf hoher See von widrigen Winden überfallen zu werden, wodurch natürlich der Fang beeinträchtigt wurde. Wir Deutschen sind leider in Folge der früheren langen Bevormundung davon gewöhnt, bei derartigen großen Unternehmungen die Hülfe der Regierung, bestehe sie in einer Zinsgarantie oder in Anderem, in Anspruch zu nehmen. Jedenfalls ist es wünschenswerther und ersprießlicher, wenn in diesem Falle die Regierung die Sache in die Hand nimmt, als daß sie auf unbestimmte Zeit vertagt wird. Es handelt sich hierbei um einen Gegenstand, der tief in das soziale Gebiet eingreift. Wenn man erwägt, wie der Fischfang an den pommerschen Küsten durch leichtsinnige Handhabung, wo weder Schonzeit, noch ein Gesetz der Natur beachtet wurde, gelitten hat, und die nachtheiligen Folgen davon die erlassene Fischereiordnung noch nicht hat beseitigen können; so ist die Bereitwilligkeit der Regierung, dem Lande neue Hülfsquellen, billigere Lebensmittel zu verschaffen, in einer Zeit, wo der Verkehr stockt und die Nahrungsmittel theuer sind, nicht hoch genug anzuschlagen. Freilich darf man sich nicht durch einige mißlungene Versuche abschrecken lassen und darf nicht, wenn man ein großes Resultat erreichen will, eine Sache im Kleinen betreiben. Wie meisterhaft verstehen es die Engländer, die Nordsee, das sogenannte „deutsche Meer" in ihrem Interesse auszubeuten! Und sollte denn das baltische Meer so arm an Schätzen sein? Ich behaupte: nein! Denn bei einzelnen Fängen des oben erwähnten Versuchs habe ich Seefische und namentlich Flundern von einer Größe, Zartheit und Fettheit des Fleisches gesehen, wie sie mir früher selten vor Augen gekommen. Auch ist zu berücksichtigen, daß der Fang weder in jeder Jahreszeit, noch in jedem Jahre gleich günstige Resultate liefert. In einzelnen Jahren kommt der Hering ja auch nur spärlich; dann aber erscheint er wieder hier in solcher Menge, daß er zum Segen für viele Tausende wird. Möge daher das hochwichtige Unternehmen, auch wenn es im Anfang nicht die erwarteten Resultate liefern sollte, überall diejenige Beachtung finden, die es verdient.

## Vermischtes.

**Berlin.** Der in einer unserer letzten Nummern enthaltene Artikel über das auffallende Verschwinden des Knaben Richard Brunzlow und die daran geknüpften Betrachtungen finden dadurch ihre thatsächliche Erledigung, daß die Leiche des genannten Knaben im Königsgraben aufgefunden ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Kind beim Spielen auf der hinter dem Hause am Königsgraben 18 befindlichen Waschbank in's Wasser gefallen und ertrunken ist. Das Gerede von einem Anlocken des Knaben durch einen fremden Herrn ist durch das Geschwätz einiger Kinder entstanden, welche Alles aussagten, was man ihnen in den Mund legte. Die Nähe des Wassers und die Gefährlichkeit der abschüssigen Wassertreppe hatten von vornherein den recherchirenden Beamten die Ueberzeugung aufgedrängt, daß der Knabe ertrunken sei.

— Beim Spiel im Kursaale zu Wiesbaden ist man einer Gesellschaft von Falschspielern auf die Spur gekommen, welche der Bank bedeutende Summen abgenommen haben soll. — Ein in bedeutendem Verlust steckender Franzose hat am 26. d. M. einen nur durch Zufall verhinderten Selbstmordversuch gemacht.

**Myslowitz,** 27. Mai. Der „Schles. Ztg." wird folgender Vorfall mitgetheilt: In einem polnischen Orte jenseit der Grenze war kürzlich seitens der katholischen Geistlichkeit eine größere kirchliche Feier abgehalten worden, wozu sich auch aus Schlesien viele Besucher eingefunden hatten. Hierbei waren von der russischen Behörde einige Individuen verhaftet worden, welche nicht mit den erforderlichen Pässen versehen waren. Dieselben wurden nun am 23. d. M. durch zwei Straszniks (russische Grenzwächter) hierher gebracht und der preußischen Behörde abgeliefert. In Folge dessen hatte sich alsbald eine Menschenmenge angesammelt, welche die Russen verhöhnte; doch gelang es einigen Besonnenen, weitere Gehässigkeiten zu verhüten. Insbesondere ließ es sich ein hiesiger Schneider angelegen sein, die fremden Gäste in seinen Schutz zu nehmen und über die Przemsza-Brücke bis nach Modrzejow zu begleiten. (Der Korrespondent fragt hierbei: „wozu weiter als über die Grenzbrücke?") Doch erwartete ihn indeß Undank für seine Bemühungen, indem man ihn sofort verhaftete. Die Nachricht davon rief hier eine große Aufregung hervor, und als man erfahren hatte, daß sich ein russischer Offizier und der Zolldirektor aus Modrzejow in Myslowitz befanden, um der Theatervorstellung einer durchreisenden polnischen Schauspielertruppe beizuwohnen, verlangte die aufgeregte Menge die Verhaftung jener russischen Beamten. Nur dem entschiedenen Auftreten des Bürgermeisters Rother ist es zu danken, daß die russischen Herren, ohne Unbill zu erleiden, jedoch auch ohne Theatergenuß, glücklich wieder über die Grenze gelangten. Der verhaftete Schneider wurde alsbald nach ihrer Rückkehr in Modrzejow auf die vorherige ausdrückliche Forderung des Bürgermeisters freigelassen. Da mithin der Grund der Aufregung beseitigt war, beruhigten sich die Gemüther wieder.

— (Schiffbruch.) Während eine bei Lloyds eingetroffene Kabelnachricht aus Newyork den Untergang des brasilianischen Postdampfers (wahrscheinlich des am 15. April von Bahia nach Rio des Janeiro abgegangenen Schiffes „Mississippi") meldet, herrscht in der City große Aufregung über das Ausbleiben des am 27. Februar von Port Philipp bei Melbourne ausgelaufenen Schiffes „Essex". Obwohl es noch am Montag hieß, es sei mit 72,000 Lstr. Gold in Plymouth gelandet, haben bis zur Stunde weder Lloyds, noch der Eigenthümer eine Bestätigung der Nachricht erhalten, während die „Sommersetshire" — ein bedeutend später von Melbourne abgegangenes Schiff derselben Firma — nach 59 Tagen hier eingelaufen ist.

— Mit dem „Royal Alfred Theatre" im Ostende Londons (Arbeiter-Viertel) ist neuerdings eine merkwürdige Restauration verbunden worden — nicht für Erwachsene (denn eine solche Einrichtung wäre nichts Neues), sondern für Kinder unter 5 Jahren. Da nämlich der Drang nach „Civilisation" in dem Ostende Londons so groß war, daß Mütter ihre Säuglinge in das Theater mitnahmen, haben die Besitzer desselben sich veranlaßt gesehen, den sich hieraus gar häufig ergebenden Intermezzos dadurch vorzubeugen, daß sie einen der großen Säle des Theatergebäudes als Kinderstube einrichteten. Hier sind eine Anzahl Wartefrauen mit Milchflaschen postirt, und hier legen die Frauen, wie irgend wo anders Mäntel und Regenschirme, ihre Kinder ab, damit diese sich nöthigenfalls ausschreien können, ohne die Schauspieler zu unterbrechen. Hoffentlich giebt es, wie in der Garderobe auch Marken, um späteren Verwechselungen vorzubeugen.

## Börsen-Berichte.

**Stettin,** 31. Mai. Wetter leicht bewölkt. Temperatur + 14° R. Wind SW.

Weizen fest, pr. 2125 Pfd. loco gelber 66—70$^{1}/_{2}$, Anmeldung 67$^{3}/_{4}$ Rt bez., bunter poln. 66$^{1}/_{2}$—68 Rt bez., weißer 68—70 Rt, ungar. 55—62 Rt, 83—85pfd. Juni u. Juni-Juli 68$^{1}/_{2}$, $^{3}/_{4}$ Rt bez., Juli-August 69$^{1}/_{2}$, $^{3}/_{4}$, $^{1}/_{2}$ Rt bez, September-Oktober 68$^{1}/_{4}$, $^{1}/_{2}$ Rt bez.

Roggen fest, per 2000 Pfd. loco 51—53 Rt, Mai-Juni 52$^{5}/_{8}$, 53, 52$^{3}/_{4}$ Rt bez, Juni-Juli 52$^{1}/_{4}$, $^{1}/_{2}$, $^{1}/_{4}$ Rt bez., Juli-August 50$^{1}/_{2}$, 51 Rt bez., 50$^{3}/_{4}$ Rt Br. u. Gd., September-Oktober 50 Rt bez. u. Br.

Gerste still und unverändert, pr. 1750 Pfd. loco ungar. 36—42$^{1}/_{2}$ Rt bez.

Hafer unverändert, pr. 1300 Pfd. loco 32—34 Rt, 47—50pfd. Mai-Juni 33$^{3}/_{4}$ Rt bez. u. Gd., Juni-Juli 33$^{1}/_{2}$ Rt bez.

Erbsen unverändert, per 2250 Pfd. loco Futter-52—54 Rt, Koch- 56—58 Rt.

Mais per 100 Pfd. loco 61$^{1}/_{2}$ Sgr. bez.

Winterrübsen per Septbr.-Oktober 89$^{1}/_{2}$, $^{3}/_{4}$, 90 Rt bez., 89$^{3}/_{4}$ Br.

Rüböl behauptet, loco 11$^{5}/_{12}$ Rt Br., Mai und Mai-Juni 11$^{1}/_{6}$ Rt Br., 11$^{1}/_{8}$ Rt Gd, Sept.-Oktober 11$^{7}/_{24}$, $^{1}/_{3}$ Rt bez, Br. u. Gd.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 17$^{7}/_{24}$ Rt bez., Mai-Juni 16$^{23}/_{24}$ Rt bez., Juni-Juli 17 Rt bez. u. Gd., Juli-August 17$^{7}/_{24}$ Rt bez., August-Sept. 17$^{1}/_{2}$ Rt Br. u. Gd., Septbr.-Oktbr. 17 Rt Gd.

Regulirungs-Preise: Weizen 68$^{1}/_{2}$, Roggen 52$^{3}/_{4}$, Rüböl 11$^{1}/_{6}$, Spiritus 16$^{23}/_{24}$.

**Stettin, den 31 Mai.**

| | | |
|---|---|---|
| Hamburg | 6 Tag. | 152 bz |
| " | 2 Mt. | 151$^{1}/_{8}$ B |
| Amsterdam | 8 Tag. | 142$^{5}/_{8}$ G |
| " | 2 Mt. | 141$^{7}/_{4}$ B |
| London | 10 Tag. | 6 27$^{1}/_{8}$ bz |
| " | 3 Mt. | 6 24$^{7}/_{8}$ B |
| Paris | 10 Tg. | 81$^{5}/_{6}$ bz |
| " | 2 Mt. | 81$^{1}/_{2}$ bz |
| Bremen | 3 Mt. | — |
| St. Petersbg. | 3 Wch. | — |
| Wien | 8 Tag. | — |
| " | 2 Mt. | — |
| Preuss. Bank | 4 | Lomb. 5 % |
| Sts.-Anl. 5457 | 4$^{1}/_{2}$ | — |
| " " | 5 | — |
| St.-Schldsch. | 3$^{1}/_{2}$ | — |
| P. Präm.-Anl. | 3$^{1}/_{2}$ | — |
| Pomm. Pfdbr. | 3$^{1}/_{2}$ | — |
| " " | 4 | — |
| " Rentenb. | 4 | — |
| Ritt. P. P. B. A. | 4 | — |
| Berl.-St. E. A. | 4 | — |
| " Prior. | 4 | — |
| " " | 4$^{1}/_{2}$ | — |
| Starg.-P. E. A. | 4$^{1}/_{2}$ | — |
| " Prior. | 4 | — |
| St. Stadt-O. | 4$^{1}/_{2}$ | 92 B |
| St. Börsenhaus-O. | 4 | — |
| St. Schauspielh.-O. | 5 | — |
| Pom. Chausseeb.-O. | 5 | 102 B |
| Greifenhag. Kreis-O. | 5 | — |
| Pr. National-V.-A. | 4 | 115$^{1}/_{2}$ B |
| Pr. See-Assecuranz | 4 | — |
| Pomerania | 4 | 115 B |
| Union | 4 | 110 B |
| St. Speicher-A. | 5 | — |
| Ver.-Speicher-A. | 5 | — |
| Pom. Prov.-Zuckers. | 5 | — |
| N. St. Zuckersied. | 4 | 160 B |
| Mesch. Zuckerfabrik | 4 | — |
| Bredower " | 4 | — |
| Walzmühle | 5 | — |
| St. Portl.-Cementf. | 4 | — |
| St. Dampfschlepp G. | 5 | — |
| St. Dampfschiff-V. | 5 | — |
| Neue Dampfer-C. | 4 | 96 B |
| Germania | | 102$^{1}/_{2}$ B |
| Vulkan | | 160 G |
| St. Dampfmühle | 4 | 103 B |
| Pommerensd. Ch. F. | 4 | — |
| Chem. Fabrik-Ant. | 4 | — |
| St. Kraftdünger-F. | — | — |
| Gemeinn. Bauges. | 5 | 100 B |
| Grabow Stadt-Obl. | 5 | — |